

Mit vollem Rohr dagegen: Die FAZ und die Energiewende

von Dr. Peter Becker¹

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) mag die Energiewende nicht. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht – von unterschiedlichen Autoren, zu unterschiedlichen Themen – ein Artikel erscheint, der – das ist die Regel – die Energiewende madig macht. Das kommt nicht immer gut an, erkennbar an gelegentlichen kritischen Leserbriefen. Aber deren Mehrzahl feiert die redaktionelle Linie.

Bisher hat aber kein medienkritischer Autor diese Berichterstattung aufgegriffen. Das ist kein Wunder. Denn die energiewirtschaftlichen, erst recht die energierechtlichen, Zusammenhänge sind hoch komplex und erfordern viel Sachkunde. Folgendes Beispiel: Der langjährige Chef des Münchner IFO-Instituts, Hans-Werner Sinn, forderte, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abzuschaffen, obwohl es international als Erfolg gilt. Auf einer Veranstaltung im Juli 2011² erklärte Sinn: Der Handel mit Emissionsrechten Sorge automatisch für eine Minimierung der Stromkosten und des CO₂-Ausstoßes. Mit ihren preisverzerrenden Einspeisetarifen für Erneuerbare Energien senke die deutsche Politik unnötig den Preis für die Verschmutzungszertifikate und mindere damit die Anstrengungen im europäischen Ausland, saubere Energie zu erzeugen. Der Ökonom sagte: „Das EEG macht den grünen Strom in Europa kaputt.“ Darauf beruft sich die FAZ immer wieder.³

Den von Sinn beschriebenen Zusammenhang gibt es. Das europäische Emissionshandelssystem (EU ETS) funktioniert so, dass die Mitgliedstaaten ‚Verschmutzungsrechte‘ an CO₂-produzierende Unternehmen ausgeben. Wird in einem Land durch Förderung Erneuerbarer Energien (EE) der CO₂-Ausstoß reduziert, steigt das Angebot an freien Emissionsrechten und deren Preis sinkt. Die Folgen seien nicht klimafreundlich, so Sinn: In der Anlagen der Industrie werde aufgrund des niedrigeren Preises mehr CO₂ emittiert oder es würden freiwerdende Lizenzen an das europäische Ausland verkauft. Im Ergebnis würden CO₂-Emissionen in Europa außerhalb des deutschen Kraftwerksektors subventioniert.⁴

Die Frage ist allerdings die nach Henne und Ei: Der deutsche Weg, die Emissionen mit Hilfe der Förderung von EE-Anlagen zu reduzieren, wurde schon mit dem Stromeinspeisungsgesetz von 1990 begonnen und mit dem EEG 2000 fortgesetzt. Die erste Handelsperiode des europäischen Emissionshandelssystems begann hingegen 2005, nachdem es mit der europäischen Richtlinie 2003/87/EG eingeführt worden war. Die Politik hätte beide Systeme in den Blick nehmen und die Erfolge des EEG bei der Ausgabe der Zertifikate einplanen müssen. Das geschah auch, aber mit dem sogenannten ‚Minderungsfaktor‘ völlig unzureichend. Daher wurden viel zu viele Emissionszertifikate ausgegeben. Kempfert/Diekmann⁵ führen das auf „politische Prozesse, starken Lobby-Einfluss und anfänglich unzureichende Datenbasis“ zurück, durch die „verzerrte Anreize“ und „großzügige Obergrenzen“ geschaffen wurden. Diese Großzügigkeiten verhinderten einen kraftvollen Start des Emissionshandelssystems. Seither kämpft die EU – mit wechselndem Erfolg – um eine Reduzierung der Zertifikate.

¹ Rechtsanwalt, Autor des Buches *Aufstieg und Krise der deutschen Stromkonzerne* (2. Aufl. 2011, 3. Aufl. in Vorbereitung), Gründer von Becker Büttner Held, führende energierechtliche Kanzlei in Europa

² Manager-Magazin vom 14.07.2011: *IFO-Chef Sinn fordert Aus für das EEG*

³ Vgl. etwa FAZ vom 26.2.2014, vom 7.12.2015, vom 26.10.2015

⁴ Mihm/Paul/Heeg, FAZ vom 29.01.2012, 13

⁵ *Das Zusammenwirken verschiedener Klimaschutzinstrumente*, in: Thorsten Müller (Hrsg.): *20 Jahre echte Erneuerbare Energien*, 2012, 432, 441 f.

Man erkennt das Vorgehen: Eine richtige Beobachtung wird herausgegriffen, die Zusammenhänge werden eliminiert, um das Argument griffig zu machen. Die eigentliche Ursache für den Missstand gerät so unter die Räder. Die FAZ bringt aber gern immer wieder dieses Beispiel und pflegt auch die Vorgehensweise: Beobachtungen herausgreifen, verabsolutieren und zum Angriff gegen die Energiewende einsetzen. Es ist das Anliegen dieses Artikels, das verständlich zu machen – und das Unseriöse eines solchen Journalismus darzustellen. Einer Zeitung, die mit dem Slogan wirbt, dass hinter ihr immer ein „kluger Kopf“ stecke, sollte so nicht arbeiten.

1. Die Frontalangriffe, gedeckt von ganz oben

Holger Steltzner ist Herausgeber der FAZ, zuständig für Wirtschaft. Unter dem Titel „*Der unheimliche Erfolg der Energiewende*“⁶ prangerte er Paradoxien des EEG an, beispielsweise dass die EE-Anlagenbetreiber „*Geld fürs Nichtstun*“ erhielten, wenn nämlich ihre Anlagen abgeschaltet werden müssten, weil die Netze ausgelastet seien. Außerdem nähmen die Situationen zu, in denen in konventionellen und erneuerbaren Kraftwerken mehr Strom erzeugt als verbraucht werde. Der Überschussstrom müsse ins Ausland exportiert werden. Ergebnisse: Die Strompreise im Ausland fielen, in Deutschland stiegen sie. Außerdem: Wegen des zunehmenden Stroms aus EE müssten immer häufiger Kraftwerke abgeschaltet, andererseits aber vorgehalten werden, wenn der erneuerbare Strom einmal nicht ausreiche. Ergebnis: Die Kraftwerke rechneten sich nicht, in zunehmender Zahl.

Auch hier wieder: alles richtig. Aber Steltzner erwähnt nicht die zweite Hälfte der Ursachen, die Überproduktion von Strom aus konventionellen Kraftwerken, insbesondere Atom und Braunkohle, die die Konzerne nicht schnell genug abregeln können (oder wollen), um Überfluszzustände zu vermeiden. Die Reaktionen des Staates waren die „*Verordnung zu abschaltbaren Lasten*“,⁷ auf deren Grundlage in die Fahrweise der Kraftwerke eingegriffen werden kann, und die Entlohnung für die Vorhaltung von Kraftwerken.⁸ Sie fehlen. Was auch nicht gesagt wird: Die Kollision des erneuerbaren und des konventionell erzeugten Stroms ist unvermeidlich. Der Staat reagiert auch, allerdings mit immer massiveren Eingriffen, komplexeren Regeln und der Überbürdung von Kosten auf die Strompreise. Aber: Das alles ist unvermeidlich und geradezu das Wesen der Energiewende. Sie besteht nämlich ganz wesentlich darin, dass die klimaschädlichen und gefährlichen Kraftwerke abgeschaltet und durch klimafreundliche ersetzt werden.

Die Kosten wieder pickt Steltzner auf, wenn er Kanzleramtsminister Altmaier zitiert, der eine Billion Euro Kosten für die Energiewende befürchtet.⁹ Allerdings: 317 Milliarden fielen an für bereits getätigte Investitionen, 360 weitere Milliarden „*bei ungebremstem Zubau*“, das letzte Drittel sei dem Netzausbau, der Subventionierung von Reservekraftwerken, der Forschung etc. geschuldet. Überhaupt die Kosten: Sie müssen immer wieder für die Angriffe auf die Energiewende herhalten. Aber sie sind eben der Preis für die „*dritte industrielle Revolution*“,¹⁰ der erforderlich ist, um den Klimawandel zu bremsen und die Gefahren der Atomverstromung und das Endlagerproblem angehen zu können.

⁶ FAZ 20.2.2013

⁷ AbLaV vom 28.12.2012, BGBl I 2998

⁸ Reservekraftwerksverordnung (ResKV) vom 27.6.2013, BGBl I 1947

⁹ Die Billion hatte Altmaier in einem Interview mit Steltzner und Mihm, abgedruckt auch in der FAZ vom 20.2.2013, erstmals ausgepackt.

¹⁰ Jeremy Rifkin: *Die dritte industrielle Revolution: Die Zukunft der Wirtschaft nach dem Atomzeitalter*, 2011

Noch ärgerlicher ist das letzte Argument von Steltzner, der Altmaiers Billion für die Energiewende mit der deutschen Staatsverschuldung vergleicht, die ca. zwei Billionen Euro betrage. Der Vergleich ist unredlich. Denn es werden Äpfel mit Birnen verglichen. Für die Staatsverschuldung kommt, vom Parlament kontrolliert, der Steuerzahler auf, der Umbau des Kraftwerksystems und der Netze wird hingegen von den Stromkunden bezahlt, die ca. 600 Milliarden Kilowattstunden (= 600 Terawattstunden, TWh) verbrauchten und dafür ca. 125 Milliarden Euro bezahlten (inklusive Netzkosten, Konzessionsabgaben und Steuern; der ‚öffentliche Anteil‘ am Strompreis beträgt ca. 50 Prozent). Steltzners Zahlenwerk hat also nur eine Funktion: Panik erwecken.

Der Journalist **Jasper von Altenbockum** überschreibt seinen Artikel¹¹ mit „16 Luftnummern. Jeder weiß es, keiner sagt es: Die Energiewende ist gescheitert“. In diesem Artikel geht es um den Konkurrenzkampf der 16 Bundesländer bei der Stromerzeugung aus EE. Alle Länder vertrauten auf eine „explosionsartige Vermehrung der Windkraft“. Dazu liefert der Journalist einige Planungszahlen, reißt die nächste „Unbekannte an, die Speicherung des Stroms aus den stark schwankenden Energiequellen wie Windkraft oder Photovoltaik“. Darauf hätten sich einige Länder spezialisiert, wie etwa Hamburg, das eine strategische Mehrheit am Stromnetz gekauft habe (die allerdings einer Volksbefragung nicht standhielt, die den vollständigen Kauf des Stromnetzes durchsetzte). Resümee: „All die sechzehn windigen Wenden sind ohnehin Luftnummern angesichts der mit Abstand größten, der vierten Unbekannten, des Netzausbaus“, eigentlich eine Beleidigung der Bundesnetzagentur. Die Netze seien schon jetzt der Flaschenhals der Energiewende, gegen die nur, vom Journalisten propagiert, „die rasche Verstaatlichung der Netze“ helfe. Kommentar: Belege fehlen, Funktion des Artikels: der Cassandra-Ruf.

Auch **Winand von Petersdorff** greift unter der Überschrift „Die wundersame Stromschwemme“ die Überschüsse bei der Stromerzeugung auf.¹² Wind und Photovoltaik seien inzwischen so erfolgreich, dass sie selbst Gaskraftwerken das Geschäft verderben. Aber das hohe Stromangebot drücke die Preise, die auf ein Niedrigniveau geschrumpft seien. Denn der EE-Strom müsse an der Börse losgeschlagen werden. Davon müsse eigentlich der Stromkunde profitieren, müsste er nicht die sogenannte EEG-Umlage zahlen, die sich bei sechs Cent pro Kilowattstunde Strom einpendele, worauf noch 19 Prozent Mehrwertsteuer geschlagen würden. Immerhin erklärt der Journalist dann die Ermittlung der EEG-Umlage, die auf den Börsenstrompreis aufgeschlagen wird. Die Umlage, die die Netzbetreiber erhöhen, enthalte die Vergütungen für Ökostrom, die sie an Bauern und andere Unternehmer für ihren Wind-, Sonnen- oder anderen Ökostrom überwiesen hätten. Davon zögen sie die Einnahmen aus dem Verkauf des Ökostroms an der Börse ab. Heraus komme die EEG-Umlage pro Kilowattstunde. Es ist aner kennenswert, dass die EEG-Umlage so erklärt wird. Allerdings fehlt, dass die Umlage auch noch andere Bestandteile enthält, was von Petersdorffs Kollege Andreas Mihm an anderer Stelle erklärt; wir kommen darauf zurück.

Dann erinnert Herr von Petersdorff wieder an die Stromexporte, mit denen der deutsche Stromkunde die niedrigen Strompreise in Holland und in Österreich subventioniere. In Österreich werde gerade ein wunderbares Geschäftsmodell mit dem Arbeitstitel „Grüne Batterie Europas“ entwickelt, weil das Land seine Pumpspeicherkraftwerke systematisch ausbaue: „Wenn es ganz blöd läuft für Deutschland, dann verschenkt es morgens seinen Strom an Österreich, um ihn abends wieder teuer zurückzukaufen.“ Dann kommt – zum wiederholten Male – der Stromüberschuss, die sogenannte

¹¹ In der FAZ vom 16.3.2012

¹² In der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 13.10.2013

„Ausfallarbeit“, die sich seit 2010 verdreifacht habe. Denn „man kann ja den Windrädern nicht vorwerfen, dass für ihre Energie gerade einmal keine Leitung frei ist“. Am Schluss folgt dann wieder Altmaiers Billion: „Mit diesem Wissen muss sich kein Bürger über ständig steigende Strompreise wundern.“ Der Leser wundert sich allerdings über diese Phänomene und fragt sich, wieso der Staat da nicht gegensteuert. Und das ist auch die anvisierte Botschaft: Die sind verrückt.

Heike Göbel, Leiterin der Wirtschaftsredaktion, befasst sich mit dem „hohen Tribut der Energiewende“.¹³ Die Zwischenüberschrift lautet: „Gasturbinen? Will keiner mehr. Kohle, Gas, Atom? Damit möchte E.ON nicht mehr handeln. Die Klimapolitik ist gescheitert, sagt ein Politologe. Er ist damit nicht allein.“ Damit bezieht sich Frau Göbel auf einen Beitrag des dänischen Politologen und Statistikers Bjørn Lomborg, der Deutschland im in derselben Nummer abgedruckten Beitrag als „gutes Beispiel für eine gescheiterte Klimapolitik“ bezeichnet. Dieser verweise darauf, dass die Strompreise für deutsche Haushalte zwischen 2000 und 2013 inflationsbereinigt um 80 Prozent gestiegen seien.

Das Jahr 2000 als Vergleichsjahr ist schlau gewählt, was in dem Artikel aber nicht erläutert wird. In den Jahren 2000 bis 2002 hatten sich nämlich die deutschen Stromkonzerne Wettbewerb gemacht, was nie vorher und nie nachher stattgefunden hat. Darüber ärgern sie sich noch heute. Aber: Im Jahr 2000 bezahlte die Industrie zwei Cent/KWh, ein Preis, der noch heute nicht vom mittleren Jahrespreis am Spotmarkt erreicht wird. Es gab allerdings niemals eine Preisstellung für Haushaltskunden, die von zwei Cent für die reine Energie ausging.¹⁴ Deswegen ist Lomborgs Argument irrational.

Außerdem setzt sich Frau Göbel kritisch mit Bundesumweltministerin Hendricks auseinander, die sich gegen Schiefergasförderung aus tieferen Gesteinsschichten ausspreche. Sie wird konfrontiert mit den Fracking-Erfolgen der USA. Daraus leitet Frau Göbel in ihrem Kommentar zum Artikel „Koalition und Klima“¹⁵ „das Drama der bornierten deutschen Energie- und Klimapolitik [ab]: Man schließt Technologie um Technologie nach gutem Können aus und verhindert so Innovationen die Kosten und Emissionen senken könnten.“ Wenn man sich allerdings das Auf und Ab der amerikanischen Fracking-Industrie ansieht, dann war die deutsche Zurückhaltung weise, zumal die deutschen Bedenken im Bundestag keineswegs „nach Gutdünken“ angebracht, sondern mit den ungeklärten Spätfolgen des Verpressens von Chemikalien in den Untergrund und seismischen Gefährdungen belegt wurden. Dazu kommt, dass die amerikanischen Fracker keine Beiträge zur Bewältigung des Klimaproblems in den USA leisten. Zur Erinnerung: Die USA sind, gemessen an der Bevölkerungszahl, die größten CO₂-Emittenten unter den Industrienationen.

2. Andreas Mihm

Der für Wirtschafts-, Gesundheits- und Energiepolitik zuständige Journalist arbeitet seit 2001 in der Berliner Redaktion der FAZ, einem prächtigen Sandsteingebäude im Mittelweg, das den Krieg überstanden hat. Er ist extrem fleißig: Es vergeht kaum eine Ausgabe, in der nicht ein Artikel mit dem Kürzel „AMI“ zu finden ist, häufig mit Kommentar. Und er ist bestens vernetzt, was man daran erkennen kann, dass er immer wieder vor anderen Zeitungen Gutachten auswertet, mit dem aufschlussrei-

¹³ FAZ vom 8.5.2015

¹⁴ Peter Becker: *Aufstieg und Krise der deutschen Stromkonzerne*, 2. Aufl. 2011, 152 ff.

¹⁵ FAZ vom 8.5.2015

chen Satz, dass das Papier „*dieser Zeitung vorliegt*“.¹⁶ Wer nur versorgt ihn immer mit diesen Papieren?

Mihm kennt sich in der Energiepolitik und -wirtschaft bestens aus. Ein Beispiel ist sein Artikel in der FAZ vom 8.10.2012 über die Zusammensetzung der EEG-Umlage.¹⁷ Mihm arbeitet nämlich heraus, dass die EEG-Umlage¹⁸ sich keineswegs nur zusammensetzt aus dem Börsenpreis für den Spotmarkt und den kumulierten Einspeisevergütungen für EE-Anlagen, einer Summe, die jährlich von den Übertragungsnetzbetreibern ermittelt wird. Diese nehmen nämlich die Strommengen aus EE auf und verkaufen sie, folgend einer gesetzlichen Regelung, an der Börse.

Bestandteil der EEG-Umlage ist aber auch, was Mihm richtig herausarbeitet, die Entlastung der stromintensiven Industrie durch die „*besondere Ausgleichsregelung*“ nach §§ 40 ff. EEG. Stromintensive Industrien zahlen zum Teil nur 0,05 Cent Umlage je Kilowattstunde. Das ersparte ihnen im Jahr 2010 1,5 Milliarden Euro, 2011 an die zwei Milliarden Euro. Die Entlastung der stromintensiven Industrie zahlt der Haushaltskunde mit, was die Europäische Kommission dazu bewog, diese Entlastung als staatliche Beihilfe einzuordnen.¹⁹ Mihm weist auch darauf hin, dass die stromintensive Industrie durch Streichung der Netzentgelte für Teile der Industrien durch § 19 Abs. 2 StromNEV und durch den Erlass von Stromsteuern²⁰ weiter verwöhnt wurde. Er war der einzige Journalist, der sich traute, eine so komplexe Materie wie die Zusammensetzung der EEG-Umlage in einen Zeitungsartikel zu packen, noch dazu transparent.

Mihm hat auch „*das Klima-Dilemma*“²¹ verstanden. Die CO₂-Emissionen stiegen. Die Luft würde wärmer, der Meeresspiegel steige, Gletscher und Eismassen auf Grönland gingen zurück. Der größte Rückversicherer der Welt, Munich Re, berichtete, die Anzahl schwerer Unwetter habe sich seit 1980 weltweit nahezu verdreifacht: „*Klimawandel kostet Leben und Geld.*“ Das zu verhindern scheitere aber am „*mangelnden Willen und Durchsetzungsvermögen*“. Es handele sich dabei um eine globale Aufgabe, aber die Regierungen verfolgten nationalstaatliche Interessen, auch die USA: „*Auch Barack Obama hält viel mehr vom Reden als vom Handeln.*“ Der für 2015 beabsichtigte Abschluss eines Weltvertrags zur Vermeidung von CO₂-Emissionen (der in Paris im November 2015 tatsächlich geschlossen wurde) könne nur bedeuten, „*den Verbrauch an Kohle, Öl und Gas zu reduzieren*“. Im Interesse der Verkäufer von Rohstoffen (arabische Halbinsel, Russland, Venezuela) liege das nicht. Auch werde die „*Findigkeit unterschätzt, mit neuen Techniken Gas und Öl ans Tageslicht zu holen*“. Neben dem europäischen Emissionshandelssystem sieht Mihm auch die Einführung von Steuern auf den CO₂-Verbrauch als ökonomischen Ansatzpunkt. Weithin okay.

Aber man findet auch einen Aufsatz „*Merkel-Berater: EEG abschaffen*“²² über eine vom Bundestag eingesetzte Expertenkommission, die rate, das EEG komplett abzuschaffen. Das EEG sei nicht kosten-

¹⁶ Vgl. etwa FAZ vom 18.3.2014: „*Interner Entwurf der neuen EU-Beihilferichtlinien für die Ökostromförderung*“ oder FAZ vom 23.6.2015: „*Interner Entwurf der Bundesregierung zum Klimaschutzplan 2050*“; vom 13.7.2015 „*Interner Entwurf zur KWK-Förderung*“

¹⁷ In der er sich auf Recherchen unter dem Titel „*Erneuerbare Energien als Preisfrage?*“ bezieht, die Greenpeace auf Basis diverser Regierungsauskünfte bei Fachinstituten in Auftrag gegeben hatte; vgl. FAZ vom 16.6.2012.

¹⁸ Eingeführt durch das EEG 2009 und ergänzt durch die Ausgleichsmechanismusverordnung

¹⁹ Gebilligt durch das Europäische Gericht 1. Instanz (EuG) vom 10.5.2016, Zeitschrift für Neues Energierecht (ZNER) 2016, 221

²⁰ Nach §§ 9 Abs. 3, 9a StromStG

²¹ So der Titel eines Kommentars in der FAZ vom 11.1.2013

²² FAZ vom 25.2.2014

effizient und entfalte auch keine messbare Innovationswirkung. Die Kosten von zuletzt 22 Milliarden Euro im Jahr stiegen, die Auswirkungen auf den Klimaschutz würden überschätzt. Die Aussage von der angeblich fehlenden Innovationswirkung findet man in dem Artikel gleich dreimal. In diesem Zusammenhang weist Mihm darauf hin, dass die EU-Kommission die Entlastung der stromintensiven Industrie für eine unzulässige Subvention halte, die, setze sich das durch, „*Branchen wie Chemie, Stahl, Aluminium, Zement und Glas*“ treffen würde. Den Kommentar vom selben Tag überschreibt Mihm mit „*EEG entzaubert*“.²³ Zwar setzten Windräder und PV kein CO₂ frei. Aber: „*So viel Gutes auf einmal hätte von Anfang an weniger Ehrfurcht und mehr Skepsis verdient, wenn das vermiedene Kohlendioxid anderswo freigesetzt werde, wie die Belebung des Emissionshandels zeigt.*“ „*Wer benötigt so ein Fördersystem?*“ Die Studie wurde freilich nicht nur von Bloggern kritisiert, sondern auch von Kollegen von der Süddeutschen Zeitung: „*Vernichtung auf zwei Seiten*“, und im österreichischen Ökoenergie-Blog „*Der ultimative Leitfaden für organisierte Desinformation bei der Energiewende*“.

Trotzdem schrieb Mihm nach diesem Muster weiter, wie man an seinem Artikel „*Das EEG-Monster lebt*“²⁴ erkennen kann. Der Grünstromausbau koste nicht nur mehr als 20 Milliarden Euro pro Jahr, er sei auch „*der teuerste und ineffizienteste Weg, den weltweiten Temperaturanstieg zu begrenzen*“. Zwar sieht Mihm durchaus die Schwierigkeiten von Wirtschaftsminister Gabriel, den Anstieg der Förderkosten zu begrenzen, in der Auseinandersetzung mit den „*Lobbygruppen der Erneuerbaren und der um ihre Rabatte fürchtenden Großindustrie*“. „*Wie komplex und widersprüchlich das vermaledeite Fördersystem ist, macht der ungewohnt laute Streit zwischen Berlin und Brüssel [...] deutlich.*“ Und das Resümee am Schluss des Kommentars hat auch etwas Wahres: „*Die Politik hat aus dem Energiesystem durch immer neue Eingriffe eine Dauerbaustelle gemacht, die mehr und mehr die Züge eines Turmbaus zu Babel trägt.*“ Aber die – richtig konstatierte – Komplexität kehrt Mihm gegen die Energiewende, mit dem Begriff „*EEG-Monster*“. Der bleibt mit Sicherheit hängen und die Vision auf der Strecke.

Die Probleme zeigt auch der Artikel „*Die Energiewende zerbröseln*“.²⁵ „*Politischer Eigennutz, Angst vor dem Wähler, Spezialinteressen der Umwelt- und Wirtschaftslobby, nicht zuletzt ideologische Engstirnigkeit*“ führten zum Zerbröseln der Energiewende. Die Umweltverbände kämpften nicht mehr gegen die Atomkraft, sondern gegen die „*Verstromung von Braun- und Steinkohle*“. Dazu komme die Blockadepolitik von Bayerns Ministerpräsident Seehofer beim Netzausbau. Dabei sei „*gerade Süddeutschland auf Stromlieferungen angewiesen, wenn die verbleibenden Kernkraftwerke in den kommenden Jahren nach und nach abgeschaltet werden*“.

In der Tat: Die Bundesregierung bereitet den „*Ausstieg aus der Kohle*“²⁶ vor, wie von den G7-Staaten in Elmau beschlossen. Aber dann kommen Mihms Horror-Hochrechnungen: Die günstige Braunkohle werde durch politische Beschlüsse ökonomisch entwertet. Das führe zu der „*eben nicht polemischen Frage*“, ob der „*im Vergleich zu Ökostrom immer verfügbare deutsche [Braun]Kohlestrom am Ende nur durch Elektrizität aus französischen Atom- oder polnischen Steinkohlekraftwerken ersetzt wird. Die Frage ist allerdings beantwortet: Deutschland exportiert [Erneuerbaren] Strom in großem Maße, die Stromimporte sind minimal.*“ Eben! Man findet allerdings auch eine zum Nachdenken anregende Bemerkung zu den Problemen Gabriels: „*Gerade er, der sich als konservativer, wirtschaftsnaher Sozialdemokrat inszeniert, ... im Streit mit Gewerkschaften, wichtigen Branchen und Ländern wie Nord-*

²³ FAZ vom 26.2.2014

²⁴ FAZ vom 28.6.2014

²⁵ FAZ vom 15.10.2014

²⁶ FAZ vom 17.4.2015

rhein-Westfalen, Sachsen und Brandenburg.“ Keine schlechte prophetische Gabe, wenn man das EEG 2017 in den Blick nimmt.

Im Artikel *„Energiepolitik für Reiche“*²⁷ kommt es zunächst nachdenklich, dann folgt strategischer Rat. Es geht um eine Einstimmung auf den G7-Gipfel in Elmau, der einerseits die Probleme aufzeigt: *„Der Streit um einen zusätzlichen ‚Klimabeitrag‘ alter Braunkohlekraftwerke erschüttert SPD und Koalition [...], und hochmoderne, umweltfreundliche Gaskraftwerke verdienen kein Geld“*, die Energiekonzerne litten *„schwer unter den Folgen der Energiewende“*. Nein: Eine *„Blaupause für die internationale Klimapolitik ist solch eine Energiewende kaum“*. Der spezifische deutsche Weg – raus aus der Atomenergie und jetzt auch aus der Kohle – werde international kaum übernommen. *„Warum also verfolgt Deutschland diese Politik mit so großem Engagement? Die eine Begründung lautet: Weil wir es uns leisten wollen. Die andere: Weil es die Schuld von Industriestaaten wie Deutschland ist, dass sich das Klima in der Welt zum Schlechteren entwickelt.“* Der Klimaschutz sei zwar wichtig, *„aber wer sie absolut setzt, macht sich erpressbar“*. Ist das nur ein wohlmeinender Rat? Oder wird da eine Strategieänderung verlangt, nämlich Klimaschutz nur im Konsens? Man erinnert sich an den ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Müller, der ein deutsches Vorpreschen beim EEG immer mit dem Verweis auf den europäischen Geleitzug verhindern wollte.

Klarer wird Mihm in seinem Kommentar *„Klimadiktatur“*²⁸ zum Entwurf des *„Klimaschutzplans 2050“* aus dem Haus der Bundesumweltministerin Hendricks: *„Mit dem Klimaschutz auf den Lippen, aber der Diktatur des Ordnungsrechts im Gepäck, kommt Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) daher: Öl- und Gasbrenner werden verboten, das Ausstreuen von Torf im heimischen Garten wird untersagt. Der Fleischkonsum soll halbiert werden, damit die Kühe hier in Deutschland weniger Methan abgeben [...] Die Braunkohlekumpel sollen mit einem ‚Regionalfonds‘ darüber hinweggetröstet werden, dass ihre Arbeitsplätze baldmöglichst abgewickelt werden. Dass der Industrie geraten wird, CO₂ in die Erde zu verpressen, obwohl die Politik genau dies verhindert hat, ist eine besondere Frechheit. Die Bürger sollten und werden sich diesen Weg in eine Klimadiktatur auf Dauer nicht gefallen lassen. Zumal ab und an auch daran erinnert werden darf, dass der deutsche Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß unter drei Prozent liegt.“*

Abgesehen davon, dass der Bevölkerungsanteil Deutschlands (80 Millionen) nur 1,09 Prozent an der Weltbevölkerung von 7,35 Milliarden ausmacht, Deutschland also nach wie vor zu den überdurchschnittlichen Klimasündern gehört, geht die Verpressung von CO₂ aus der Industrieproduktion auf einen Vorschlag des Sachverständigenrats für Umweltfragen (2009) zurück, auf den Bundesumweltminister Röttgen (CDU) sein Energiekonzept aufbaute.

Schließlich verweist Mihm in einem großen Kommentar zum 30. Jahrestag des Tschernobyl-Unfalls²⁹ darauf, dass in der Ukraine *„15 Kernkraftwerke die Stromversorgung sichern“* und dass Russland, Finnland, Schweden, Weißrussland, Polen, Frankreich und Großbritannien nach wie vor auf Kernkraft setzten. Selbst in Japan mit dem Unfall von Fukushima *„gilt Kerntechnik nicht als Auslaufmodell“*. Denn, trotz dieser Unglücke *„werden Hunderte Kernkraftwerke in aller Welt, auch in Deutschland, sicher betrieben [...] Das Land der Anlagenbauer und Ingenieure verzichtet [...] darauf, in Forschung und Entwicklung weiter mitreden zu können. Der deutsche Weg in der Energiepolitik bleibt 30 Jahre nach Tschernobyl ein Sonderweg.“* Und Bundesumweltministerin Hendricks leiste sich eine *„ungehö-*

²⁷ FAZ vom 3.6.2015

²⁸ FAZ vom 30.6.2016

²⁹ FAZ vom 26.4.2016, selbe Botschaft schon in FAZ vom 3.6.2015

rige Einmischung in belgische Atomangelegenheiten“, als sie Belgien aufforderte, „zwei Atommeiler wegen deutscher Sicherheitsbedenken einstweilen abzuschalten“. Die Botschaft ist klar: Auf Kernkraft sollte ein Hochtechnologie-Land wie Deutschland nicht verzichten.

3. Eindeutige Botschaften

Man muss Mihm Expertise und häufig auch nachvollziehbares und belegtes Argumentieren attestieren. Aber die Botschaften sind eindeutig: Abgenickt vom zuständigen Herausgeber schreiben die verantwortlichen Journalisten und allen voran er gegen die Energiewende an. Die Auswahl vieler Überschriften, für die Fachredakteure in anderen Zeitungen die Chefredaktion verantwortlich machen könnten, dürfte auch bei Mihm gelegen haben, weil die FAZ keine Chefredaktion hat. Bei aller Differenziertheit der Berichte und Kommentare gehen allein von den Überschriften klare Signale aus: Die Verantwortlichen leisten sich regulatorische Exzesse („*EEG-Monster*“, „*Klimadiktatur*“). Die Strompreise stiegen ständig, obwohl sich selbst Mihm in einem Artikel mit der Überschrift „*Die Energiewende wird wieder teurer*“³⁰ genötigt sieht festzustellen, dass „*die für die Stromkunden maßgebliche Summe aus Börsenstrompreis plus EEG-Umlage [...] mit 9,7 bis 9,9 Cent je Kilowattstunde rechnerisch weitgehend konstant*“ bleibe. Denn mit steigender EE-Einspeisung fällt der Spotmarktpreis. Aber solche Subtilitäten fallen bei dem ständigen Trommelfeuer auf die Energiewende unter den Tisch. Der FAZ passt die ganze Linie nicht. Und die „*klugen Köpfe*“, die diese Botschaften seit Jahren aufnehmen, haben natürlich einen verheerenden Eindruck von der Energiewende und damit einem zentralen Politikfeld. Damit werden gewichtige Teile der deutschen Wirtschaft und Politik ständig beeinflusst – man kann auch sagen gesteuert.

4. Cui bono?

Es ist offensichtlich: Die FAZ mag die Energiewende nicht. Belegt wird das damit,

- dass die Energiewende den Strom immer teurer mache,
- dass zu viel Strom erzeugt werde;
- so viel, dass EE-Anlagen abgeschaltet und die Investoren entschädigt werden müssten,
- dass der Überschussstrom exportiert werden müsse,
- dass das deutsche EEG den europäischen Emissionshandel unterlaufe,
- dass der Netzausbau immer teurer werde etc.

Aber wem nutzen diese Angriffe?

Der „Industrie“? Die Stromkonzerne sind es eher nicht. „*RWE und E.ON leiden unter einem sehr schlechten Ruf in Politik und Gesellschaft.*“³¹ Das könnte an den eigenen Fehlern liegen, etwa dem vor allem von RWE-Chef Jürgen Großmann betriebenen ‚Ausstieg aus dem Ausstieg‘, dem sich E.ON (vielleicht schweren Herzens?) anschloss. Dazu kommt der Absturz der Gewinne aus den Atom- und Kohlekraftwerken, den die Konzerne mit einem allzu zögerlichen Umstieg in EE nicht zu parieren wuss-

³⁰ FAZ vom 15.9.2015

³¹ „*E.ON und RWE sind attraktive Übernahmekandidaten*“, FAZ vom 15.6.2011, nach Fukushima

ten.³² Indiz für den Zusammenbruch dieses Segments, das jahrelang das Rückgrat der Konzerngewinne war, ist der „*Teilausstieg aus der Braunkohle*“,³³ den die Konzerne nur mit starkem Lobbydruck auf Wirtschaftsminister Gabriel kompensieren konnten: Konzerne und Regierung einigten sich auf eine ‚Stilllegungsprämie‘ von insgesamt 1,6 Mrd. Euro, die auf die Netzentgelte umgelegt wird. Vor allem wird den Konzernen offenbar der Niedergang des ganzen Segments der börsennotierten Versorgungswirtschaft angelastet: „*Verkauft diese Aktien, ihr Witwen und Waisen!*“³⁴

Auch die **stromintensive Industrie** ist es nicht. Denn sie zählt zu den Energiewendegewinnern. Sie wurde nämlich von Anfang an durch die „*besondere Ausgleichsregelung*“ bei der EEG-Umlage entlastet, dazu kommt der Erlass von Stromsteuern.³⁵ Außerdem sinkt durch den ‚Ausgleichsmechanismus‘ ständig der Spotmarktpreis an der Börse. Das liegt daran, dass die Übertragungsnetzbetreiber durch den Ausgleichsmechanismus verpflichtet sind, den von ihnen aufgenommenen EE-Strom am Spotmarkt loszuschlagen. Im Ergebnis bezieht die Industrie den Strom über die Börse so billig wie noch nie.

Und die **restlichen Industrien**, stellvertretend die ‚**mittelständische Wirtschaft**‘? Sie konnte bei höherem Stromverbrauch, als er einem mittleren Niveau entsprach, jahrelang ebenfalls den Antrag auf Reduzierung der EEG-Umlage stellen, mit dem Ergebnis, dass Straßenbahnen, die geringere EEG-Umlage zahlten, obwohl sie keinem internationalen Wettbewerb ausgesetzt waren, so die Begründung für die Reduzierung der EEG-Umlage für stromintensive Industrien. Aber vor allem: Sie profitieren vom immer niedriger werdenden Börsenstrompreis, wenn sie klug einkaufen. Dazu kommt die Möglichkeit, die EEG-Umlage mit Hilfe eigener EE-Anlagen zu reduzieren.³⁶

‚**Die Bundesregierung**‘ oder ‚**die Parteien**‘ würde ich auch nicht zu den Adressaten der FAZ-Strategie zählen. Denn das Stromeinspeisungsgesetz von 1990, mit dem die Energiewende begann, kam durch die CSU in eine Fraktionsvorlage, also nicht aus dem Bundeswirtschaftsministerium, zwecks Umgehung des Lobbyeinflusses der Stromkonzerne. Es handelte sich vielmehr um eine Initiative der bayerischen Klein-Wasserkraftbetreiber mit ihrem kregelen Geschäftsführer Peter Ramsauer. Zu den Parteien, die das Gesetz mit beschlossen, gehörte auch die FDP.

Das EEG von 2000 wurde zwar von Rot-Grün beschlossen. Auch hier wurde das Gesetz von den Koalitionsfraktionen eingebracht und sehr schnell behandelt. In namentlicher Abstimmung stimmten dem Gesetz 328 (gegen 217) Abgeordnete zu, darunter auch zahlreiche umweltorientierte Abgeordnete von CDU und CSU.

Die weitere Entwicklung wurde massiv durch das Energiekonzept von Schwarz-Grün 2010 bestimmt, das Bundesumweltminister Röttgen in den Bundestag einbrachte.³⁷ In dieses Konzept wurden in großem Umfang Empfehlungen des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) aufgenommen, einer schon im Jahr 1971 eingerichteten Institution der wissenschaftlichen Politikberatung beim Umweltministerium. Ein Kapitel unter der Überschrift „*Die ‚Sterbelinie‘ konventioneller Kraftwerke*“ zeigt auf,

³² Ausnahme ist der schwedische Staatskonzern Vattenfall, der seinen Schwerpunkt seit eh und je in der schwedischen Wasserkraft hat – „Vattenfall“ heißt Wasserfall – und der deswegen den Kauf der ostdeutschen Braunkohlewirtschaft als strategischen Fehler betrachtet und aussteigt.

³³ FAZ vom 26.10.2015

³⁴ FAS vom 9.11.2014

³⁵ FAZ vom 8.10.2012 über die Zusammensetzung der EEG-Umlage

³⁶ Die Einzelheiten sind – sehr unübersichtlich – in § 41 EEG geregelt.

³⁷ Vgl. dazu der Verf.: *Das Energiekonzept der Bundesregierung*, ZNER 2010, 531

dass die Außerdienststellung der Kohle- und Atomkraftwerke unvermeidlich ist. Es wurde also mit offenen Karten gespielt.

Auch der wiederum von Bundesumweltminister Röttgen (CDU) vorangetriebene ‚Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg‘ (Juni 2011) wurde von einer Allparteien-Koalition beschlossen. Selbst die FDP stimmte zu. Ihr war sogar die Abschaltung der AKWs zu spät.

Fazit: Die Energiewende ist Politikziel der Bundesrepublik, vorangetrieben von mehr oder weniger großen Koalitionen. Umweltschutz ist Staatsziel: Das ergibt sich aus dem nachträglich in das Grundgesetz eingefügten Artikel 20a. Umweltschutz und Energiewende werden schließlich durch die Richtlinien der EU befeuert, in denen das Nebeneinander des Emissionshandels und der Ausbau der EE vorgesehen sind.³⁸ Also: Die Energiewende ist politisch gewollt. Trotz ihrer Schwächen, insbesondere ihrer Komplexität, könnte es sich keine Bundesregierung erlauben, dieses Politikziel einzuäschern.

Warum also schreibt die FAZ gegen die Energiewende an? **Ich sehe folgende Erklärungen:** Die radikalen Energiewende-Gegner und diejenigen, die nur murrend mitmachen, sollen im politischen Alltagsgeschäft mit Argumenten versehen werden. Ein Beispiel sind die Industriefreunde in der CDU-Bundestagsfraktion, die mit ihrem Brief gegen den Klimaschutzplan 2050 an das Bundeskanzleramt zu dessen Verwässerung beigetragen haben. Sie werden getragen von der Leserschaft, unter der natürlich viele Besorgte sind, so die Gegner der ‚Verspargelung der Landschaft‘ oder die ‚Freunde des Rotmilans‘, die schon so manchen Windpark lahmgelegt haben.

Es geht nicht nur darum, sie mit Argumenten zu füttern; es geht um eine Stimmungswende. Daran arbeitet auch die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die von den Arbeitgeberverbänden getragen wird.³⁹

Und die Bemühungen haben Erfolg; bis hin zum zuständigen Minister. Das führende energiewirtschaftliche Kompendium *Energie & Management* führt regelmäßig Ökostrom-Umfragen durch. Seit einiger Zeit stellt es Stagnation fest. Zwar sei Ökostrom Mainstream geworden. Jedoch fehlten Wachstumsimpulse: „Der Ökostrommarkt dümpelt hierzulande vor sich hin – und das bereits seit drei Jahren.“⁴⁰ Der Artikel liefert übrigens eine interessante Einschätzung: „Wer wie Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel bei der jüngsten EEG-Novelle die Bürgerenergie ausgebremst und mit der regionalen Grünstromkennzeichnung einen Parlamentsbeschluss zur EEG-Novelle 2014 unterlaufen hat, ist alles andere als ein glaubwürdiger Unterstützer für das Gelingen der Energiewende.“ Andreas Mihm hat also mit seiner Charakterisierung von Gabriel⁴¹ Recht. Und die Energiewende-Freunde haben auf das falsche Pferd gesetzt.

Ein weiterer großer Erfolg des Dauerfeuers gegen EEG-Umlage und Netzausbau: Der Koalitionsvertrag SPD/CDU für die Legislatur 2013/2017. Zwar wird an der Energiewende festgehalten. Sie soll aber „bezahlbar“ bleiben. Auch deswegen kritisiert der Bundesverband Erneuerbare Energie, dass der Koalitionsvertrag die Energiewende drosselt statt beschleunigt.⁴²

³⁸ Erneuerbare-Energien-Richtlinie vom 23.4.2009 (2009/28/EG)

³⁹ Im Jahr 2000 vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall gegründet. Etat: ca. 7 Mio. Euro p.a., Vorsitzender des Kuratoriums ist der frühere Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement.

⁴⁰ Ralf Köpke in: *Energie & Management* vom 15.8.2016, 10

⁴¹ FAZ vom 17.4.2015

⁴² Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE) zum Koalitionsvertrag SPD/CDU 2013/2017

5. Aber: Ist eine solche Berichterstattung von der journalistischen Freiheit gedeckt?

Das Hauptaxiom der Kampagne gegen die Energiewende ist der Strompreis: „*Neue Kostenfalle für Stromkunden*“,⁴³ „*Sechzig Cent und der Tod der Industrie*“,⁴⁴ „*Geht der Energiewende das Geld aus?*“,⁴⁵ „*Die Energiewende wird wieder teurer*“,⁴⁶ „*Teilausstieg aus der Braunkohle besiegelt. Auf die Stromkunden kommen Gesamtkosten von 1,6 Mrd. Euro zu*“,⁴⁷ „*Die Netzentgelte treiben den Strompreis in die Höhe. Anstieg von gut zwanzig Prozent für Unternehmen in Ostdeutschland*“.⁴⁸ Die journalistische Vorgehensweise ist die Zusammenfügung von Teilinformationen zur Untermauerung der Schlagzeile: Die Energiewende wird ständig teurer. Nur: Das ist eine Kampagne, für die die FAZ das Sprachrohr liefert.

Die Energieexpertin Claudia Kemfert⁴⁹ beschreibt in ihrem Buch *Kampf um Strom*,⁵⁰ wie „*die Lobby der großen Energieversorger und ihre politischen Vertreter [...] uns mit irreführenden Behauptungen und Fehlinformationen überschütten*“.⁵¹ Dabei setzt sie sich mit der Behauptung auseinander: „*Die Energiewende lässt die Strompreise explodieren*“.⁵² Insbesondere geht sie die Wortneuschöpfung „*Kosten-Tsunami*“ an, deren „*Erfinder [...] das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung*“ (RWI) sei. Dessen Zahlen seien jedoch falsch. Denn die Kritik an der EEG-Umlage sei „*nur richtig, solange man alle anderen Faktoren ausblendet, die letztendlich für die Entwicklung des Strompreises verantwortlich sind, denn die Realität sieht heute schon anders aus*.“ Kemfert weist auch darauf hin, dass Deutschland im Jahr 2012 90 Milliarden Euro für Brennstoffe bezahlte: „*Doch niemand kommt auf die Idee, 90 Milliarden an Brennstoffkosten auf 30 Jahre hochzurechnen. Dem 64 Milliarden Euro teuren Solarstrom stünden dann 2.700 Milliarden Euro Brennstoffkosten gegenüber*“.⁵³

Die Berichtsstrategie der FAZ⁵⁴ könnte rechtswidrig sein. Zwar genießt die Presse das Grundrecht der Pressefreiheit, das in Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes gewährleistet ist. Danach dürfen und müssen die Presseorgane in die Meinungsbildung durch vom Staat unbeeinflusste, miteinander konkurrierende Presseerzeugnisse eingreifen.⁵⁵ Aber: Sie ist „*zur wahrheitsgemäßen Berichterstattung verpflichtet*“.⁵⁶ Die Presse muss daher „*Nachrichten und Behauptungen, die sie weitergibt, auf ihren Wahrheitsgehalt [...] prüfen. Wenn auch diese Prüfungs- und Wahrheitspflicht nicht überspannt werden darf, so ist es doch unzulässig, leichtfertig unwahre Nachrichten weiterzugeben. Erst recht darf die Wahrheit nicht bewusst entstellt werden; dies geschieht auch dann, wenn man wesentliche Sachverhalte, die einem bekannt sind, der Öffentlichkeit unterschlägt*.“ Diese Wahrheitspflicht ist

⁴³ Werner Sturbeck in: FAZ vom 27.11.2013

⁴⁴ AMi in: FAZ vom 10.3.2014

⁴⁵ AMi in: FAZ vom 23.6.2015

⁴⁶ AMi in: FAZ vom 15.9.2015

⁴⁷ AMi in: FAZ vom 26.10.2015

⁴⁸ FAZ vom 7.11.2015

⁴⁹ Professorin beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin

⁵⁰ 2013

⁵¹ Seite 12

⁵² Seite 57 ff.

⁵³ Seite 83

⁵⁴ Eine interessante Rechtsfrage ist, ob in Kommentaren alles geschrieben werden darf, was der Journalist so meint.

⁵⁵ Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE) 83, 5

⁵⁶ BVerfGE 12, 113, 130

auch in den Ethik-Kodex für Fachjournalisten im Deutschen Fachjournalistenverband (DFJV) aufgenommen worden. In § 1, der die „Grundsätze der Berichterstattung“ betrifft, heißt es in Absatz 2: „Die Berichterstattung dient der Information und hat wahrheitsgemäß zu erfolgen. Wertungen des Journalisten müssen als solche eindeutig zu erkennen sein.“

Gemessen daran dürfte die Generallinie der Berichterstattung – die Energiewende treibt die Kosten der Stromversorgung in die Höhe – unzulässig sein. Denn sie ist nicht wahr. Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) veröffentlicht regelmäßig Daten zu Energiekosten und insbesondere Strompreisen. Zwar ist der Strompreis für Privathaushalte um 35 Prozent gestiegen. Das liegt aber an zahlreichen Faktoren, so der Subventionierung der Strompreise für die stromintensive Industrie aus der EEG-Umlage. Im Jahr 2015 seien die Strompreise in der Grundversorgung (für Haushaltskunden) gesunken.⁵⁷ Wichtig ist dabei der Hinweis, dass die Hälfte des Strompreises die staatlich veranlassten Preisbestandteile ausmachten. Die Industriestrompreise sind massiv gefallen. Selbst in Frankreich mit seinem subventionierten Atomstrom sind die Industriestrompreise kaum niedriger.⁵⁸

Die Berichterstattung geschieht auch wider besseres Wissen: Andreas Mihm weiß genau, dass sich etwa die EEG-Umlage, die mit der Summe der Einspeisevergütungen steigt, und der Börsenstrompreis, der durch eben diese EE fällt, saldieren. Dazu kommt, dass es auch klare Gewinner der Energiewende gibt, wie beispielsweise die stromintensive Industrie. So hat beispielsweise die Aluminiumindustrie ihre Abwanderungsdrohungen längst aufgegeben.

Außerdem gibt es mehrere wichtige Gründe dafür, dass die Kosten der Energiewende bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtung nur die halbe Wahrheit sind. Grund 1: Auch der konventionell erzeugte Strom wird subventioniert. Zu den staatlichen Förderungen und gesamtgesellschaftlichen Kosten konventioneller Energien⁵⁹ haben Greenpeace Energy und der Bundesverband Windenergie unter dem Titel „Was Strom wirklich kostet“, eine Studie vorgelegt, die die Kosten der staatlichen Förderung konventioneller Energien und der EE miteinander vergleicht.⁶⁰ Die Kosten werden für den Zeitraum 1970 bis 2012 zusammengestellt. Die Studie kommt zu folgendem Ergebnis:

Die Gesellschaft trägt im Jahr 2012 bei einer Kilowattstunde Windstrom umgerechnet Kosten von 8,1 Cent und bei Wasserstrom 7,6 Cent. Die Gesamtkosten für Strom aus Braun- und Steinkohlekraftwerken summieren sich hingegen auf 15,6 bzw. 14,8 Cent und für Atomenergie sogar auf mindestens 16,4 Cent/kWh. Selbst die Kosten für Erdgasstrom liegen bei 9 Cent und damit oberhalb des Windkraftstroms.

Die Zusatzkosten der konventionellen Energieträger seien sogar deutlich teurer als die Förderung der Erneuerbaren Energien durch das EEG. Sie betragen im Jahr 2012 mehr als 40 Mrd. Euro, während beim EEG erwartete 13 Mrd. Euro Differenzkosten auf den Verbraucher umgelegt wurden. Nur: Die Zusatzkosten der konventionellen Energieträger werden aus dem Staatshaushalt finanziert, während die Kosten der Energiewende allein vom Stromverbraucher bezahlt werden. Würde man die Belastung des Staatshaushalts nach der EEG-Methode auf den Verbrauch nicht privilegierter Stromabnehmer umlegen, läge diese „konventionelle Energien-Umlage“ im Jahr 2012 bei umgerechnet 10,2 Cent /kWh. Hätte man im Jahr 2012 die konventionelle Energien-Umlage beim Strompreis berücksicht-

⁵⁷ BMWi: *Entwicklung der Strom- Grundversorgungspreise 2015*

⁵⁸ BMWi: *Energiedaten 2015: Preisvergleich für Industrie*

⁵⁹ Vgl. dazu Becker: *Der (wahre) Strompreis: Das unbekannt Wesen*, ZNER 2012, 563

⁶⁰ Erarbeitet vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS), August 2012

sichtigt, wäre dadurch ein Preis von 37 Cent/kWh entstanden – statt eines Preises von 26 Cent/kWh. Da ist die EEG-Umlage weitaus günstiger.

Grund 2: Bei der Vorgehensweise der FAZ werden der Klimaanstieg, dessen Folgen die Industrienationen im Vertrag von Paris mit Ausgleichszahlungen an die Entwicklungsländer zu kompensieren suchen,⁶¹ und die Unfallrisiken aus der Atomverstromung gar nicht berücksichtigt. Würde man beispielsweise die Abschätzungen von Schadensfolgen eines Super-GAUs in die Strompreiskalkulation einbeziehen, ergäben sich – je nach Ansatz – externe Kosten der Atomenergie mit einer Bandbreite von 0,1 Cent/kWh bis hin zu 320 Cent/kWh.⁶²

Ein Strategiewechsel in der FAZ-Berichterstattung dürfte rechtlich geboten sein. Aber er würde wahrscheinlich dazu führen, dass für einen gewichtigen Teil der FAZ-Konsumenten das ‚Salz in der Suppe‘ verloren ginge. Aber es gibt auch in anderen Medien Journalisten, die interessant berichten, aber nicht die Hälfte weglassen, wie zum Beispiel Michael Bauchmüller von der Süddeutschen Zeitung. Es geht also.

⁶¹ Schafhausen: *Der Klimaschutzvertrag von Paris: Bemerkungen eines Insiders*, ZNER 2016, 175

⁶² Henicke/Welfens: *Energiewende nach Fukushima. Deutscher Sonderweg oder weltweites Vorbild?*, 2012